



CDU FRAKTION

Rede Udo Reppin

Ratssitzung vom 26.09.2013

zu Punkt 2.1
der öffentlichen Sitzung

Es gilt das gesprochene Wort

Frau Bürgermeister, werte Kollegen,
meine Damen und Herren,
als 1992 die DEW gegründet wurde hat es
im Rat schon damals eine heftige
Auseinandersetzung gegeben wie die
Versorgung der Bevölkerung mit Strom,
Gas und Wasser zu organisieren sei. Es
gipfelte in dem Hinweis der damaligen
Grünen, dass durch eine Beteiligung der
VEW an einer gemeinsamen Gesellschaft
die Kontrolle des Unternehmens nicht
möglich sei. Nach Ablauf der vom
Kartellamt auferlegten Frist kann man
feststellen, dass sich diese Behauptung
nicht bewahrheitet hat. Auch der
Rechtsnachfolger RWE hat diesen Einfluss
nicht ausgeübt und die Interessen der
Stadt über den Aufsichtsrat oder die
Gesellschafterversammlung konterkariert,

obwohl sich der Energiemarkt durch Deregulierung und jetzt durch eine stark veränderte Regulierung durch das EEG etc. völlig verändert hat.

Es herrscht Wettbewerb um den Endkunden. Gebietsmonopole gibt es nicht mehr und der Margendruck ist gestiegen. Außerdem kamen in den letzten Jahren durch die Energiewende neue Herausforderungen auf die DEW zu. Alle diese Veränderungen wurden im Wesentlichen bewältigt, was sicherlich auch durch einen starken Partner nachhaltig mit unterstützt wurde.

Wenn jetzt der befristete Gesellschaftsvertrag zwischen RWE und DSW 21 ausläuft ist nach unserer Ansicht zu bewerten:

1. Welche Entwicklung hat das Unternehmen in den über 20 Jahren genommen?
2. Wie war die Art der Zusammenarbeit zwischen den Anteilseignern?
3. Welchen Wert hat das Unternehmen heute?
4. Welche Risiken entstehen bei einer Veränderung der Beteiligung?
5. Welche Perspektive hat das Unternehmen für die Zukunft mit welcher Beteiligungsstruktur?
6. Welche Herausforderungen kommen auf das Unternehmen zu und in welcher Konstellation sind sie am besten zu bewältigen?

Über die Vergangenheit kann sich jeder ein Bild machen, wie sich das

Unternehmen entwickelt hat und welche Rolle es gespielt hat, dass ein starker Partner aus der Energiebranche einen wesentlichen Anteil an der Entwicklung hatte.

Die Auffassung der CDU ist hier eindeutig. Das Unternehmen hat sich gut entwickelt und ist ein Gewinn für die Bürger dieser Stadt. Das ist offenbar, denn wenn man jetzt im Wettbewerb steht und trotzdem noch den größten Anteil am Markt hat, dann muss man in der Vergangenheit vieles richtig gemacht haben. Auch die Erträge über die Jahre haben dem Konzern Stadt geholfen beispielsweise die Verkehrsverluste im ÖPNV abzudecken. Ob das ganz ohne den Partner gegangen wäre ist zu bezweifeln. Schließlich war die Umstellung auf den Wettbewerb für alle

eine Herausforderung die zu bewältigen war. Denn in Gebietsmonopolen herrscht ein anderer Blutdruck im Geschäft, weil ich meine Waren nicht verkaufe, sondern verteile, was etwas völlig anderes ist.

Zu den wesentlichen Fragen, die das Unternehmen betreffen hat sich der Rat gutachterliche Expertise eingeholt. Jetzt wissen wir welchen Wert das Unternehmen hat und welche Einschätzung zur Entwicklung Fachgutachter haben. Uns ist klar das der Verkehrswert des Unternehmens eine Momentaufnahme ist, die sehr abhängig vom Umfeld und den Rahmenbedingungen des Energiemarktes ist, die natürlich die Erträge beeinflussen an denen der Erfolg des Unternehmens gemessen wird. Welchen Wert die

Sachanlagen haben, ist ziemlich präzise zu ermitteln und offenbar auch ermittelt worden.

Auch zur Perspektive und zu den Herausforderungen haben die Gutachter sich geäußert. Angesichts der Herausforderungen des Energiemarktes ist die CDU Fraktion davon überzeugt, dass das nur mit einem starken Partner aus der Branche zu bewältigen ist, der ein hohes Interesse an der Entwicklung des Unternehmens hat und mit dem man für die Zukunft auch Synergien heben kann.

Deshalb unterstützt die CDU-Fraktion einen Weg der Verhandlung, der den Status quo bei den Beteiligungen erhält, weil es nach unserer Ansicht dem Unternehmen in Zukunft nützt die Herausforderungen gut zu bewältigen. Im

Übrigen scheint dass wie 1992 dazu zu führen, dass der Konzern Stadt keine Investitionsrisiken einzugehen hat.

Selbstverständlich muss der Gesellschaftervertrag den veränderten Gegebenheiten angepasst werden.

Deshalb haben wir in unserem Antrag eine Reihe von Punkten genannt, die wir in einem neuen Vertrag sehen möchten.

Dazu gehört auch, dass wir davon ausgehen, dass der Vertrag, wenn kartellrechtlich möglich, nicht wieder eine Befristung enthält da wir zur Zeit auch erleben das die Vertragsverhandlungen in eine Zeit fallen in der die

Rahmenbedingungen alles andere als glücklich für Verhandlungen sind, wir aber durch das Ende des Vertrags dazu gezwungen sind.

Auch die Tatsache das der bisherige Partner RWE in Dortmund mit rund 2.800 Mitarbeitern mehr Beschäftigung in der Stadt schafft als die DEW selbst und sich bisher an die Stadt gebunden fühlt, unter anderem weil man das vertraglich so festgelegt hat, möchten wir für die Zukunft auch weiter berücksichtigt sehen.

Durch die geänderten Rahmenbedingungen muss man nach unserer Auffassung aber über die Frage der Ausgestaltung der Garantiedividende reden und Sie den Veränderungen im Markt anpassen.

Wir sind der Auffassung, dass uns ein Sonderkündigungsrecht eingeräumt

werden muss, wenn sich beispielsweise die Gesellschafterstruktur in der RWE nachhaltig verändert und die Kommunalfreundlichkeit in Frage steht oder die Arbeitsplätze bei der RWE in Dortmund außerordentlich sinken. Sicherlich war es heutiger Sicht ein Fehler beim Auseinanderdividieren der Gesellschafter den Sachwert zu Grunde zu legen, aber weil niemand in die Zukunft schauen kann, kann man den damaligen Verhandlungsführern keinen Vorwurf machen. Aus heutiger Sicht ist für das Ausscheiden eines Gesellschafters der Ertragswert heran zu ziehen. Außerdem ist es für die DEW sicherlich von Vorteil wenn man sich projektbezogen in Zukunft über Kooperationen unterhält.

Wir sind aber auch der Auffassung, dass die DEW sich in der Struktur verändern muss. Da ist unter anderem die Frage des Unbundling zu klären. Hier sieht der Gutachter erhebliche finanzielle Risiken für die DEW, wenn man die gegenwärtige Struktur beibehält. Ein Feld in dem man Synergien heben könnte. Diese Strukturveränderung könnte natürlich auch dazu führen, dass die Verhandlungspartner eine andere Beteiligungsstruktur entwickeln. Das muss dann unter dem Gesichtspunkt der Risikoabwägung und dem Nutzen für die Stadt erörtert werden. Deshalb fordern wir auch, dass der Rat und die Gremien über den Fortgang der Verhandlungen zeitnah informiert werden, um uns dazu eine Meinung zu bilden.

Zum SPD Antrag haben wir folgende Anmerkungen. Den Punkten 1 – 4 stimmen wir voll inhaltlich zu. Zum Punkt 5 bitten wir um folgende Ergänzung: „Die Stärkung des Aufsichtsrat muss mit den einschlägigen Gesetzen konform sein.“ Weil, so wie der Punkt formuliert ist, bei der CDU Fraktion der Eindruck entsteht, dass es bei der Umsetzung zu einem Verstoß gegen das GmbHG kommen könnte. Deshalb wollen wir erreichen, dass ein Verhandlungsergebnis erzielt wird, das auch gesetzeskonform ist. Ich gehe davon aus, dass das auch der Wille der SPD ist.

Allerdings müssen wir den Punkt 6, die direkte Beteiligung der Stadt an der DEW ablehnen, weil wir der Ansicht sind, dass

wir angesichts der Haushaltslage keinen finanziellen Beitrag leisten sollten und wir auch ohne die Teilnahme eines Dezenten in der Gesellschafterversammlung genügend Einfluss auf die Gesellschaft über die Gremien nehmen können. Dem Punkt 7 stimmen wir natürlich zu.

Dem FDP Antrag möchten wir gerne im Punkt 1 und 2 zustimmen, weil er mit unseren Vorstellungen kompatibel ist. Den Punkt 3 lehnen wir ab, weil wir nicht der Ansicht sind, dass es eine Notwendigkeit bei DSW 21 gibt die Gesellschaftsform zu verändern und wir auch die Notwendigkeit sehen, dass der Verantwortungsträger der Beteiligung in Form des Vorstandsvorsitzenden von DSW 21 im

Aufsichtsrat sitzt. Aus der
Gesellschafterversammlung ist er schon
kraft Gesetz nicht zu entfernen. Insofern
halten wir die Forderung für falsch.

Der Hauptantrag von Linken/Grünen sieht
eine andere Variante vor. Das können wir
nicht mitmachen, weil wir anderer Ansicht
sind über die zu verhandelnde Variante,
wie aus unserem Antrag ersichtlich ist.
Deshalb werden wir den Antrag ablehnen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit
und wünsche uns eine glückliche Hand bei
der Entscheidung für eine sichere
bezahlbare Versorgung unserer Bürger
und eine Sicherung von
zukunftsorientierten Arbeitsplätzen.